

Antrag

der Abg. Daniel Rottmann u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

„Fridays for Future“ in Baden-Württemberg und mögliche Unterwanderung

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in wie vielen baden-württembergischen Kommunen bis Stand 23. Juni 2019 bisher „Fridays-for-Future“-Demonstrationen stattgefunden haben;
2. ob und bei wie vielen dieser Demonstrationen erkennbar Mitglieder von Parteien oder von Jugendorganisationen von Parteien teilgenommen haben;
3. ob und inwieweit es Versuche linksextremer Organisationen oder Zusammenschlüsse gegeben hat, sich „Fridays-for-Future“-Demonstrationen anzuschließen;
4. ob und inwieweit sich linksextreme Organisationen oder Zusammenschlüsse „Fridays-for-Future“-Demonstrationen angeschlossen haben;
5. inwieweit sie „Change for Future“ für ein „Projekt“ der „Interventionistischen Linken“ oder vergleichbarer linksextremer Organisationen oder selbst für eine linksextreme Organisation hält;
6. ob – und ggf. warum nicht – das Landesamt für Verfassungsschutz vor dem Hintergrund dieser neu in Entstehung begriffenen linksextremen Organisationen gezielt zur Bekämpfung dieser Bedrohung personell und materiell gestärkt wird;
7. ob „Change for Future“ auch in Baden-Württemberg – und ggf. aus welchen Anlässen und mit welchem Erfolg – in Erscheinung getreten ist;

8. in welchen politischen Themenfeldern welche linksextremen Zusammenschlüsse oder Organisationen mit welchem Erfolg Entgrenzungsstrategien verfolgen;
9. ob sie bestätigen kann, dass auf den „Fridays-for-Future“-Demonstrationen in Stuttgart Vertreter der „Ende Gelände“-Bewegung der „Interventionistischen Linken“ mit Fahnen mit der Aufschrift „Hambacher Forst bleibt“ und „Kohleausstieg jetzt“ teilgenommen haben und ob es sich dabei um eine „Zelle“ der „Change for Future“-Bewegung handelt.

24.06.2019

Rottmann, Berg, Dürr, Pfeiffer, Palka AfD

Begründung

Die „taz“ vom 14. Februar 2019 berichtet unter der Überschrift „Geheimdienst sät Zwietracht“ von angeblichen Versuchen der Verfassungsschutzbehörde Hamburg, den sog. „Klimaprotest“ zu spalten. Dies habe vor allem dadurch geschehen sollen, dass der Verfassungsschutz vor Versuchen der linksextremen „Interventionistischen Linken“ (IL) warnte, die „Fridays-for-Future“-Bewegung zu infiltrieren, für sich zu vereinnahmen und zu steuern. Im Einzelnen habe die IL eine Zubringer-Demo unter dem Titel „Klima-Revolution ins Rollen bringen“ angeboten, was aber von den Initiatoren der „Fridays-for-Future“-Bewegung abgelehnt worden sei.

Der Verfassungsschutz bezeichnet Aktionen dieser Art als „Entgrenzungsstrategie“: Versuche, Trennschärfe zwischen extremistischen und nichtextremistischen Bereichen zum Verschwinden zu bringen. Diese Entgrenzungsstrategie geschehe insbesondere über die „gezielte strategische und taktische Besetzung gesellschaftlich breit diskutierter oder akzeptierter Themen durch Extremisten. Extremistische Gruppen, wie sie der Hamburger Verfassungsschutz definiert, greifen Themen einzig aus taktischen und strategischen Gründen auf, um an Einfluss zu gewinnen“, so der Hamburger Verfassungsschutz. Diese Entgrenzungsstrategie hat auf dem Gebiet des „Antifaschismus“ in Gestalt des gemeinsamen Auftretens extremistischer und gewaltbereiter Linker mit Parteien und deren Jugendorganisationen nach Auffassung der Antragsteller schon vollständig zum Erfolg geführt und macht sich nun daran, auch auf die „Klimaproteste“ überzugreifen.

Nach einem Bericht der „Hamburger Morgenpost“ vom 11. April 2019 („Verfassungsschutz alarmiert/Linksextreme wollen Fridays for Future kapern“) warnt der Verfassungsschutz vor Unterwanderung von außen und verkündet Linksextreme die Gründung einer „antikapitalistischen Plattform“ innerhalb der „Fridays-for-Future“-Bewegung. Bundesweit rund 120 Mitglieder sollen sich demnach unter dem Begriff „Change for Future“ vernetzt haben, um „gegen das herrschende System zu kämpfen“. Diese Gruppierung gibt auf der Homepage „changeforfuture.cf“ offen an: „Wir sind in verschiedenen Ortsgruppen innerhalb von Fridays for Future aktiv“. Die Sicherheitsbehörden können vor dem Hintergrund dieser erneuten linksextremen Bedrohung von Schülern nicht untätig bleiben.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 17. Juli 2019 Nr. 4-0141.5/16/6444/ nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. in wie vielen baden-württembergischen Kommunen bis Stand 23. Juni 2019 bisher „Fridays-for-Future“-Demonstrationen stattgefunden haben;

Zu 1.:

Bis Stand 23. Juni 2019 haben in 74 baden-württembergischen Kommunen polizeilich begleitete sog. „Fridays for Future“ (FfF)-Demonstrationen stattgefunden. Weitergehende Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

2. ob und bei wie vielen dieser Demonstrationen erkennbar Mitglieder von Parteien oder von Jugendorganisationen von Parteien teilgenommen haben;

3. ob und inwieweit es Versuche linksextremer Organisationen oder Zusammenschlüsse gegeben hat, sich „Fridays-for-Future“-Demonstrationen anzuschließen;

4. ob und inwieweit sich linksextreme Organisationen oder Zusammenschlüsse „Fridays-for-Future“-Demonstrationen angeschlossen haben;

Zu 2., 3. und 4.:

Da die FfF-Bewegung nicht vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) beobachtet wird, liegen lediglich Erkenntnisse aus der Befassung mit linksextremistischen Beobachtungsobjekten vor. Hier ist dem LfV bekannt geworden, dass Linksextremisten schon seit geraumer Zeit aufmerksam ihren Blick auch auf die FfF-Bewegung richten. In Baden-Württemberg waren bislang einzelne, wenig erfolgreiche Versuche der Einflussnahme linksextremistischer Organisationen auf die FfF-Bewegung festzustellen, die in jüngster Zeit zugenommen haben.

Im Rhein-Neckar-Raum versuchte sich die „Linksjugend [solid]“, die linksextremistische Jugendorganisation der Partei „DIE LINKE.“, entsprechend zu positionieren. Auch bei der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ), der Jugendorganisation der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), waren Ambitionen festzustellen, innerhalb der FfF-Bewegung Fuß zu fassen und dabei eigene Inhalte zu transportieren. Da Schülerinnen und Schüler eine zentrale Zielgruppe darstellen, erhofft sich die SDAJ durch ihr Engagement einen Mitgliedererwerb. Bisweilen kamen SDAJ-Vertreter mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch und konnten dabei auch die Sichtweise der SDAJ zu der Thematik Klimaschutz und der nach ihrer Auffassung damit verbundenen Kapitalismuskritik transportieren. In diesem Zusammenhang kam es vonseiten der beiden Parteijugendorganisationen „Linksjugend [solid]“ und SDAJ auch vereinzelt zu Teilnahmen an FfF-Demonstrationen in Baden-Württemberg.

Die „Interventionistische Linke“ (IL) Rhein-Neckar warb unter anderem für Aktionen der erstmals im Jahr 2014 in Erscheinung getretenen, linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Ende Gelände“ und konnte in dieser Hinsicht auch Solidarisierungseffekte der FfF-Bewegung in Mannheim mit „Ende Gelände“ erzielen.

Auch die im Raum Ludwigsburg und in Stuttgart aktive autonome „Rot-Schwarze Initiative“ hat sich in die örtlichen FfF-Proteste eingebracht und ruft regelmäßig zur Teilnahme an den Demonstrationen auf.

Aus der Bearbeitung linksextremistischer Gruppierungen sind dem LfV einzelne FfF-Demonstrationen bekannt geworden, zu denen neben anderen Organisatoren

auch linksextremistische Gruppierungen aufgerufen haben oder an denen sich neben weiteren Demonstrationsbesuchern u. a. auch Linksextremisten beteiligten. Exemplarisch können in diesem Zusammenhang folgende Veranstaltungen genannt werden:

- In Offenburg fand am 16. März 2019 eine „Klimademo“ statt, zu der neben „Fridays For Future Ortenau“ unter anderem auch der anarchistische „Alarm e. V. Offenburg“ und die „Anarchistische Initiative Ortenau“ aufgerufen hatten.
- Am 5. April 2019 fand in Villingen-Schwenningen eine FfF-Demonstration statt, an der sich auch mehrere Mitglieder des „Offenen antifaschistischen Treffens Villingen-Schwenningen“ beteiligten.
- An der am 12. April 2019 in Mannheim durchgeführten FfF-Demonstration beteiligten sich auch Linksextremisten, unter anderem aus dem Umfeld der dortigen IL.
- In Heilbronn beteiligten sich am 12. und 23. April 2019 an den dortigen FfF-Demonstrationen auch Angehörige der linksextremistischen Szene.
- Auch in Stuttgart, zuletzt am 10. Mai 2019, beteiligten sich Aktivisten der gewaltorientierten linksextremistischen Szene an FfF-Demonstrationen.

Es erfolgt grundsätzlich keine zielgerichtete polizeiliche Protokollierung der Zugehörigkeit von Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern zu bestimmten Parteien oder Organisationen. Eine händische Auswertung der Einsatzberichte durch die regionalen Polizeipräsidien lässt jedoch erkennen, dass zumindest bei zwölf FfF-Demonstrationen Personen teilnahmen, die beispielsweise aufgrund des Mitführens von bestimmten Fahnen mit unterschiedlichen Parteien oder Organisationen in Verbindung gebracht werden konnten. Ob es sich dabei tatsächlich um Mitglieder dieser Parteien oder Organisationen handelte, ist nicht bekannt.

Im Hinblick auf linksextremistische Organisationen oder Zusammenschlüsse ist der Polizei Baden-Württemberg bekannt, dass der Anmelder einer FfF-Demonstration in Friedrichhafen am 3. Mai 2019 lokalen Erkenntnissen zufolge ein Aktivist des Jugendverbandes „Linksjugend [‘solid]“ war. Ferner ist ihr bekannt, dass an den FfF-Demonstrationen am 29. März sowie am 12. April 2019 in Heilbronn bei zwei Personen Fahnen der linksextremistischen „Antifa“ registriert wurden, die dem Umfeld des auch durch die linksextremistische Szene genutzten „Sozialen Zentrums Käthe“ in Heilbronn zuzurechnen sind.

Weitergehende Informationen, im Übrigen auch zu den Ziffern 5. bis 9., liegen der Polizei Baden-Württemberg nicht vor, zumal die strukturelle Beobachtung von als extremistisch bewerteten Vereinen und Organisationen dem LfV obliegt und polizeiliche Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen sich allenfalls einzelfallweise im Zuge der Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben der Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung ergeben können.

5. inwieweit sie „Change for Future“ für ein „Projekt“ der „Interventionistischen Linken“ oder vergleichbarer linksextremer Organisationen oder selbst für eine linksextreme Organisation hält;

7. ob „Change for Future“ auch in Baden-Württemberg – und ggf. aus welchen Anlässen und mit welchem Erfolg – in Erscheinung getreten ist;

Zu 5. und 7.:

Dem LfV liegen bis dato keine Erkenntnisse vor, wonach es sich bei „Change for Future“ um ein „Projekt“ der „Interventionistischen Linken“ (IL) oder vergleichbarer linksextremistischer Organisationen handeln könnte. Zu etwaigen linksextremistischen Bestrebungen von „Change for Future“ in Baden-Württemberg liegen dem LfV bislang ebenfalls keine Erkenntnisse vor.

6. ob – und ggf. warum nicht – das Landesamt für Verfassungsschutz vor dem Hintergrund dieser neu in Entstehung begriffenen linksextremen Organisationen gezielt zur Bekämpfung dieser Bedrohung personell und materiell gestärkt wird;

Zu 6.:

Da bislang keine Erkenntnisse vorliegen, wonach die Organisation „Change for Future“ extremistische Bestrebungen verfolgt, ist keine Notwendigkeit ersichtlich, das LfV gezielt im Hinblick auf diese Organisation personell und materiell zu stärken.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zu dem Antrag der Abgeordneten Weinmann u. a. FDP/DVP, Ausstattung des Landesamts für Verfassungsschutz: Eine Gefahr für die Sicherheit unserer Gesellschaft? (Drs. 16/5866), verwiesen.

8. in welchen politischen Themenfeldern welche linksextremen Zusammenschlüsse oder Organisationen mit welchem Erfolg Entgrenzungsstrategien verfolgen;

Zu 8.:

Nahezu alle linksextremistischen Parteien und Organisationen, wie z. B. die SDAJ oder die IL, verfolgen das Ziel, die politische Macht zu erobern, um an der Stelle des „kapitalistischen Ausbeutersystems“ den Sozialismus als Vorstufe des Kommunismus zu etablieren. Dazu sind sie auf die Gewinnung von Mehrheiten angewiesen. Um Anhänger zu gewinnen, setzen sie sich für die tagespolitischen Interessen der Mehrheit, insbesondere der Lohnabhängigen „Arbeiterklasse“, ein. Diese finden sich vor allem im sozialpolitischen Bereich, etwa Fragen der Lohngerechtigkeit, Kampf um Arbeitsplätze und deren Sicherung, oder aktuell der Klimaschutz und Probleme der Wohnraumpolitik. Darüber hinaus gibt es weitere Themenstellungen, die aus linksextremistischer Sicht geeignet sind, um letztlich gegen das bestehende demokratische Staats- und Gesellschaftssystem zu agitieren. Das seit Jahren wichtigste Aktionsfeld ist der „Antifaschismus“ in Form des „Kampfes gegen rechts“.

Die Erfolge solcher Bemühungen sind im Allgemeinen nur schwer messbar. Festzustellen ist, dass es Linksextremisten im Rahmen ihrer „antifaschistischen“ Bündnispolitik immer wieder gelingt, bürgerliche Kräfte einzubinden und damit die Zahl der Teilnehmer an Demonstrationen gegen „rechts“ über den eigenen Wirkungskreis hinaus deutlich zu erhöhen.

9. ob sie bestätigen kann, dass auf den „Fridays-for-Future“-Demonstrationen in Stuttgart Vertreter der „Ende Gelände“-Bewegung der „Interventionistischen Linken“ mit Fahnen mit der Aufschrift „Hambacher Forst bleibt“ und „Kohleausstieg jetzt“ teilgenommen haben und ob es sich dabei um eine „Zelle“ der „Change for Future“-Bewegung handelt.

Zu 9.:

Auf die Antwort zu den Ziffern 5. und 7. wird verwiesen. Darüber hinaus liegen keine Erkenntnisse vor.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration